

11. IV. 1917

# Kleine Anfragen und Ernährungsdebatte.

Die heutige Sitzung des Reichstags.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Zimmermann, v. Batocki.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Kleine Anfragen.

## „Fett aus Soldatenleichen“.

Abg. Dr. Helfferich (Fortfchr. Bpt.) fragt:

Im englischen Unterhaus hat ein Mitglied des Kabinetts, Lord Cecil, die Nachricht, die deutsche Regierung ziehe Fett aus Soldatenleichen, als nicht unglaubwürdig hingestellt. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser erbärmlichsten aller englischen Verleumdungen entgegenzutreten?

Staatssekretär Zimmermann: Die Behauptung, daß in Deutschland Soldatenleichen zur Herstellung von Fettsäuren verwertet würden, ist zuerst in der französischen Presse aufgetreten und von da in englische und neutrale Zeitungen übernommen worden. Die Erfinder der Behauptung scheinen sich die Tatsache zunutze gemacht zu haben, daß es in Deutschland Kadaververwertungs-Gesellschaften gibt. Darüber, daß es sich dabei um tierische, nicht um menschliche Kadaver handelt, ist auch bei unseren Feinden kein Vernünftiger im Unklaren gewesen. Die Tatsache, daß das Wort „cadavre“ im Französischen auf Menschen und Tiere bezogen wird, ist von unseren Feinden ausgedeutet worden. Wir haben das raffinierte Mißverständnis, das von der uns feindlichen Presse wider besseres Wissen zur Irreführung der öffentlichen Meinung verwendet worden ist, richtiggestellt. In neutralen Ländern wird, soweit die verleumderische Absicht greifbar zutage liegt, eine strafrechtliche Verfolgung herbeigeführt. (Beifall.) Unsere Bemühungen haben insofern Erfolg gehabt, als eine Reihe von Zeitungen die Unrichtigkeit der Behauptung unter Hervorhebung des Mißverständnisses zugegeben haben. Um so unerhörter ist es, daß kürzlich im englischen Unterhaus der Vertreter der englischen Regierung Lord Robert Cecil die Nachricht als immerhin nicht unglaubwürdig hingestellt hat. (Empörte Ruf-Rufe.) Daß Lord Robert Cecil das niederträchtige Märchen geglaubt haben sollte, erscheint völlig ausgeschlossen, zumal der Abgeordnete Wilson ausdrücklich auf den Sachverhalt aufmerksam gemacht hat. Die Erklärung Lord Robert Cecil's bezweckt offenbar, den Abscheu und die Empörung der gesamten Menschheit auf uns zu laden. Vielleicht spielte dabei auch politische Berechnung mit, namentlich auf die Völker des Orients und insbesondere Indiens, die wegen Verletzung ihrer religiösen Empfindungen gegen Deutschland aufgebracht werden sollten. Das Verhalten des englischen Regierungsvertreters, der von wohlüberlegter Lüge und bewusster Ehrabschneidung nicht zurückschreckt, richtet sich selbst. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Freiherr v. Nischhofen (nlb.) fragt an:

In Pressemeldungen wird behauptet, daß die englischen Behörden in dem besetzten Teile Ostafrikas die Annahme der deutschen Silber-Rupie verweigern. Ist dies zutreffend?

Ein Regierungsvertreter erklärt: Es liegen keine Meldungen vor, daß die englischen Behörden im besetzten Teil Ostafrikas die Annahme der deutschen Rupien bisher verweigert haben. Im Unterhaus ist erklärt worden, daß General Smuts bis zurzeit nicht angeordnet habe, da dadurch der eingeborenen Bevölkerung Verluste entstünden und infolgedessen Unruhen zu befürchten wären. Hiermit stimmt überein, daß nach Privatnachrichten im besetzten Gebiet Privatleute sich in dankenswerter Weise bemühen, das deutsche Silbergeld wieder in Verkehr zu bringen. Dagegen ist nicht zu bezweifeln, daß die englischen Behörden die Annahme aller während des Krieges ausgegebenen Zahlungsmittel, die Interimsnoten der Deutsch-Ostafrikanischen Bank sowie Gold- und Silbermünzen und daß auch die öffentlichen Kassen die Annahme der eigentlichen Banknoten verweigern. Die Reichsregierung hat sich bemüht, den Umlauf der Banknoten und Interimsnoten dadurch sicherzustellen, daß der Gouverneur ermächtigt wurde, die Noten der Deutschen Ostafrika-Bank als gesetzliches Zahlungsmittel zu erklären. Es ist jedoch nicht sicher, daß diese Ermächtigung den Gouverneur erreicht hat. Bedauerlicherweise sind manche Deutsche in eine Notlage gekommen. Die Regierung bemüht sich unablässig, auf diplomatischem Wege ihr Los zu bessern. Das wird auch weiter geschehen, im Interesse der tapferen Verteidiger Deutsch-Ostafrikas, für deren Leistungen gegenüber einer Uebermacht kein Wort des Lobes laut genug sein kann. (Beifall.)

## Der Papiermangel der Zeitungen.

Abg. Falkewitz (kons.) fragt an:

Es besteht die dringende Gefahr, daß infolge Papiermangels die Berliner Zeitungen in den nächsten Tagen nicht mehr erscheinen können. Hat der Reichskanzler Vorkehrungen getroffen, daß diese Gefahr unter allen Umständen beseitigt wird, und welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen, um in Zukunft eine bessere Belieferung der deutschen Zeitungen mit Papier in die Wege zu leiten?

Ministerialdirektor Müller: Die befürchtete Gefahr, daß infolge Papiermangels die Berliner Zeitungen in den nächsten Tagen nicht erscheinen können, ist kürzlich Gegenstand eines Telegrammwechsels zwischen der Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger in Berlin und dem Reichskanzler gewesen. Der Inhalt ist in den Tageszeitungen bekanntgegeben worden. Wie in dem Antworttelegramm des Reichskanzlers vom 8. Mai mitgeteilt ist, ist der Mangel an Zeitungspapier auf die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung zurückzuführen. Die Annahme, daß der Mangel eine Folge der zu starken Belieferung des Auslandes sei, trifft nicht zu. Die Ausfuhr von Druckpapier nach den besetzten Gebieten und dem verbündeten und neutralen Ausland ist vielmehr seit langer Zeit auf das durchaus notwendige Mindestmaß eingeschränkt worden. Was die Kohlenversorgung anlangt, so muß in erster Linie für die ausreichende Belieferung der unmittelbar im Landesverteidigungsinteresse tätigen Rüstungsbetriebe gesorgt werden. Soweit es mit diesem ausschlaggebenden Interesse irgend vereinbar ist, hat die Reichsleitung im Zusammenwirken mit der Landesverwaltung alles getan, um den Zeitungsdruckpapierfabriken die nötigen Kohlen zuzuführen. Insbesondere sollen die Zeitungspapierfabriken in gleicher Weise wie die Spinnpapier, also Textil-Erzeugnisse herstellenden Papierfabriken beliefert werden. Ferner sind Verhandlungen wegen des in Sachsen besonders fühlbaren Ausbleibens der böhmischen Braunkohlen eingeleitet worden, die das Ergebnis gehabt haben, daß die Lieferung böhmischer Kohle in dem bisherigen Ausmaße zugesagt worden ist. Die Reichsleitung wird, wie bisher, dauernd bemüht bleiben, die Schwierigkeiten, die der Herstellung von Druckpapier in der erforderlichen Menge entgegenstehen, zu beseitigen. Im Hinblick auf die Sachlage darf jedoch die Erwartung ausgesprochen werden, daß die großen Tageszeitungen den Papierverbrauch nötigenfalls vorübergehend im allgemeinen Interesse auch über den Rahmen der gesetzlichen Einschränkung hinaus vermindern.

Abg. Kunert (l. Soz.) stellt zum dritten Mal seine Anfrage wegen der angeblichen Einziehung von Belgiern zum deutschen Heeresdienst.

Oberst Marquardt: Auch bezüglich der in dieser Anfrage aufgeführten Personen hat sich das Kriegsministerium telegraphisch

mit den zuständigen stellvertretenden Generalkommandos in Verbindung gesetzt, und wird die Nachprüfung sowie die Entlassung der etwa zu unrecht eingestellten Personen nach eingehender Prüfung nötigenfalls im Benehmen mit dem Minister des Innern, ungesäumt veranlassen. Durch gemeinsamen Erlaß des Ministers des Innern und des Kriegsministers vom 28. Oktober 1915 ist bereits die Prüfung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse aller im Inlande gemeldeter Ausländer, soweit sie noch im wehrpflichtigen Alter stehen, angeordnet worden.

## Die Ernährungsfragen.

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Bayerischer Ministerialrat Dr. Huber wendet sich gegen die Darstellung, die gestern der Abg. Schmidt-Berlin über die bayerischen Maßregelungen gegeben hat. Er hat es so dargestellt, als ob die Schuldigen durch größere Beträge sich von der Strafe losgelaufen hätten. In Wirklichkeit hat sich die Sache anders abgespielt. Nachdem die Verfestigungen zur Kenntnis der Behörden gekommen, Anlagen erhoben und Untersuchungen eingeleitet waren, haben einzelne der in Betracht kommenden Personen für gemeinnützige Zwecke größere Summen zur Verfügung gestellt. Ob es gerade glücklich war, daß diese Geldbeträge angenommen sind, möchte ich mit Rücksicht auf die Wirkung dieses Vorganges in der Öffentlichkeit und auf die zahlreichen Mißdeutungen dahingestellt sein lassen. (Sehr richtig! links.) Die Personen, die solche Geldbeträge übergeben haben, wurden aber nicht im Zweifel darüber gelassen, daß selbst die Herausgabe ihres gesamten Geldgewinnes sie nicht vor einer strafrechtlichen Verfolgung beschützen kann.

Abg. Hoff (Bpt.): Wir glauben in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten v. Batocki, daß wir ohne das System der öffentlichen Bewirtschaftung gegenwärtig nicht auskommen können. Aber wir sehnen den Tag herbei, wo endlich wieder der freie Verkehr Platz greifen kann. (Sehr richtig! links.) Schwere Fehler sind gemacht worden. Vor allem haben wir es nicht verstanden, unsere landwirtschaftliche Produktion auf die Kriegsverhältnisse einzustellen. Wir haben unsere Viehhaltung ganz unwirtschaftlich gesteigert und damit die pflanzlichen Grundlagen unserer Volksernährung ernstlich erschüttert. (Sehr richtig! links.) Die zahlreichen Krisen in unserer Volksernährung sind nicht auf mangelhafte Ernten, sondern nur auf diese Fehler zurückzuführen. (Sehr richtig! links.) Die Brotkrise von 1915, die schwere Kartoffelkrise von 1916 und die schwerste Krise in diesem Frühjahr, alle stammen aus derselben Quelle, aus den verkehrten Maßnahmen unserer leitenden Stellen. Man wird nun fragen, wie das möglich war? Ich antworte darauf ganz offen, daß die sogenannte bewährte Schutzpolitik die Schuld daran trägt, die den Anlaß gegeben hat, daß auf die landwirtschaftliche Produktion viel zu große Hoffnungen gesetzt wurden. Man hätte Vorräte sammeln sollen, statt auf Einfuhrschleusen hin Getreide an das Ausland abzugeben. (Sehr richtig! links.) Ohne den Glauben an die Wunderwirkung hoher Zölle wären wir auch wirtschaftlich bei Kriegsausbruch gerüstet gewesen. (Sehr richtig! links.) Der frühere Staatsminister Dr. Delbrück hat es ja offen ausgesprochen, daß wir es uns nur nicht haben zugehen wollen, wie abhängig wir bei der Volksernährung vom Ausland waren. (Hört! hört! links.) Diese Abhängigkeit des deutschen Volkes vom Ausland ist Jahr für Jahr gewachsen, in keiner Periode der deutschen Wirtschaftsgeschichte aber so schnell und so stark wie gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege unter der Herrschaft des vielgerühmten agrarischen Jollshäuses. (Sehr richtig! links.) Von 1906 bis 1912 war der Gesamtbetrag, den wir an das Ausland für eingeführte Lebensmittel bezahlen mußten, von 1753 auf 3023 Millionen Mark gestiegen. (Hört! hört! links.) Diese Tatsache hat man einfach nicht sehen wollen.

## Trotz aller Fehler keine Aushungerung.

Trotz aller dieser Fehler aber ist meine felsenfeste Überzeugung, die sich wissenschaftlich und zahlenmäßig belegen läßt, daß Deutschland nicht ausgehungert werden kann, wenn nur eine richtige Verteilung zwischen Mensch und Tier erfolgt. Aber man traut seinen Augen nicht, wenn man die Karte wegsieht, die wir bei der Lebensmittelpolitik eingeschlagen haben. Statt bei Kriegsausbruch auf die veränderte Situation Rücksicht zu nehmen, die durch den völligen Wegfall der Einfuhr von Futtermitteln eingetreten war, und unseren Viehstand allmählich abzubauen, hat man in allen Zeitungen Aufrufe erlassen, die zur Viehhaltung aufforderten, und die Behörden haben zuerst die Schlachtung von Kälbern und sogar die Schlachtung von Schweinen verboten. (Hört! hört! links.) Das widersprach aller Logik und Vernunft. So ist es dann weiter gegangen. Der preussische Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer hat diese unglückliche und unheilvolle Ernährungspolitik fortgesetzt bis zu diesen Tagen. (Hört! hört! links.) Durch eine falsche Preispolitik wurden die unheilvollen Wirkungen dieser Fehler noch gesteigert. (Sehr richtig! links.) Man setzte mäßige Höchstpreise für Brotgetreide fest und ließ die Viehpreise ungemessen steigen, ohne zu bedenken, daß man dadurch die pflanzlichen Grundlagen unserer Volksernährung mit Sicherheit gefährdete. Und als man endlich Viehpreise festsetzte, da stellte man alle volkswirtschaftlichen Erfahrungen einfach auf den Kopf. Man kann von einem so großen Stand wie der deutschen Landwirtschaft nicht verlangen, daß sie dauernd gegen ihr eigenes Interesse handelt. Gegen sein Interesse aber wäre es gewesen, wenn er das Getreide den Weg über den Tiermagen gehen ließ, und er hat es getan. (Sehr richtig! links.) Erfreulich ist, daß der Präsident des Kriegsernährungsamtes wenigstens jetzt unseren Bemühungen, die wirtschaftliche Vernunft siegen zu lassen, Folge gegeben hat. Wenn die Maßnahmen, die jetzt ergriffen sind, im letzten Herbst ergriffen worden wären, wir hätten die schwere Frühjahrskrise nicht gehabt. (Sehr richtig! links.) Aber die Widerstände im preussischen Landwirtschaftsministerium waren damals eben noch nicht zu überwinden.

Wir hoffen, daß die jetzigen Maßnahmen so wirken werden, daß die berechtigten und in ihrem vollen Umfange von uns anerkannten Interessen der Erzeuger in Erfüllung gebracht werden mit den Interessen der Verbraucher. (Sehr richtig! links.) Geradezu verhängnisvoll gewirkt hat das Schlagwort von der „Förderung der landwirtschaftlichen Produktion“. Wir verkennen nicht die Wichtigkeit der Produktionsförderung und wir schätzen, ja wir bewundern die Leistungen der deutschen Landwirtschaft. (Zustimmung links.) Aber mit dem Schlagwort der Produktionsförderung ist großer Mißbrauch getrieben worden. Alle verkehrten Maßnahmen der leitenden Stellen hat man mit diesem Wort zu decken gesucht. Versagt hat nicht der einzelne Landwirt, wohl aber die Führung der Landwirtschaft: das Landwirtschaftsministerium, der Landwirtschaftsrat und die Landwirtschaftskammern. Diese Korporationen haben fortgesetzt damit operiert, der Bauer sei psychologisch nun einmal so veranlagt, daß er gar nicht verstehen könne, er müsse jetzt nur für die Allgemeinheit produzieren. Das ist eine Beleidigung der deutschen Bauern, gegen die wir protestieren. Der Bauer weiß, worauf es ankommt, man muß es ihm nur in der richtigen Form sagen. (Sehr richtig! links.) Aber das geschah nicht, weil alle führenden landwirtschaftlichen Organisationen in den Händen der Junker und der Großagrarier liegen. (Sehr richtig! links. — Unruhe rechts.) In diesem furchtbaren Kriege hat sich gezeigt, wie unmöglich es ist, die Herrschaft in Gesetzgebung und Verwaltung in einem Stände zu übertragen. (Sehr richtig! links.)

Staatskommissar Michaelis, dem wir Vertrauen entgegenbringen, hat mit größter Offenheit die Fehler eingeräumt und auf die Widerstände hingewiesen. Wie kann ohne jede Einfuhr unsere Ernte ausreichen, um das Heer und 60 Millionen Zivilbevölkerung und zugleich 21 Millionen Rinder und 17 Millionen Schweine zu ernähren. Trotzdem sucht man den Viehbestand aufrechtzuerhalten. Das mußte mit Naturnotwendigkeit zur Krise führen. Wir haben drei Jahre lang eine ungeheure Verzerrung von menschlichen Nahrungsmitteln an das Vieh getrieben. Die weitberzige Duldung der Kaufschlachten ist geradezu verhängnisvoll gewesen. Viele Schweine sind verhäutet und werden im Wege des Schleichhandels gehandelt. Das Vieh wird viel zu wenig abgeschossen. Der Landwirt, der jetzt die letzte Kuh hergeben muß, muß es sich gefallen lassen, daß ganze Rudel von Hirschen seine Gärten vernichten. Das muß verbittern wirken. Wird in den Viehbestand nicht kräftig eingegriffen, dann müssen wir den Wirtschaftskrieg verlieren. Eine Heraussetzung der Fleischration vom 15. August ab ist dagegen die unbedingte Voraussetzung für den Sieg. Wir müssen alles aufbieten, damit wir diesen furchtbaren Krieg nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich gewinnen. (Lebh. Beifall links.)